

Gutachten zu Anflugrouten

FR 23.08.11

Main-Kinzig Experten suchen Alternativen, die den Flugzeuglärm vermindern

Mit einem Gutachten zu alternativen Anflugverfahren will der Main-Kinzig-Kreis den Fluglärm im Kinzigtal reduzieren. Nach Angaben von Landrat Erich Pipa (SPD) ist ein Strategiepapier bei dem ehemaligen Simulatorexperten der Deutschen Flugsicherung (DFS), Michael Morr, in Auftrag gegeben worden. Morr habe bereits für Amsterdam ein umweltschonendes Anflugverfahren gestaltet.

Die Hoffnungen auf Linderung des Lärmproblems nährt laut Pipa neben dem Bündnis betroffener Städte und Gemeinden auch ein Fachtreffen am 18. August in den Räumen des Frankfurter Internisten und Flugmediziners Matthäus Müller. Mitglieder der Fluglärmkommission, der Bundesvereini-

gung gegen Fluglärm, des Vorstandes hessischer Luftsportverband, sowie Fluglotsen und Piloten seien dabei übereingekommen, dass sich ein alternatives Anflugkonzept für den Frankfurter Flughafen mit anderen Höhen und deutlich weniger Lärm über dem Kinzigtal realisieren lasse.

Die beauftragten Planer waren bereits in Holland erfolgreich

Nachdem es bisher nur vereinzelte Stellungnahmen oder kaum untermauerte Vorschläge zu leiseren Verfahren gebe, „sollen nun stichhaltige Argumente und fundierte Grundlagen geschaffen werden, um gegenüber der DFS den nöti-

gen Druck zu erzeugen“, betont der Landrat. Die Expertise inklusive Computersimulation werde die bisherigen politischen Erklärungen und juristischen Forderungen des Kreises ergänzen. Nachdem Morr von der Planungsgruppe to70 (www.to70.nl) in Holland Erfolg erzielt habe, sei man auch für den Main-Kinzig-Kreis zuversichtlich.

Der Kreis wird dieses Projekt federführend vorantreiben und in kürze vorstellen, heißt es. Die maximal 100 000 Euro teure Expertise werden vom Kreis und den betroffenen Kommunen finanziert.

„Damit besteht nach einer bisher ungleichen Auseinandersetzung die Chance auf eine fundierte Kampagne für eine Neubewertung der Prioritäten“, glaubt Pipa.

Bisher hätten in der Frage der Flugbewegungen vor allem wirtschaftliche und praktische Faktoren eine Rolle gespielt. Nun könne der Schutz der Bevölkerung einen höheren Stellenwert erhalten.

Die Interessengemeinschaft Fluglärm Hanau-Kinzigtal (IGF) hat vorgeschlagen, dass sich der Kreis enger mit Offenbach, sowie weiteren Kommunen in Südhessen und Rheinland-Pfalz für politische und juristische Aktionen abstimme. Grundsätzlich sei der gesellschaftliche Konsens gegen den Fluglärm breiter geworden, bis hinein in CDU-Kreise. Die „Rodenbacher Erklärung“ für Nachtflugverbot und ein Gleitsinkflugverfahren sowie gegen die Senkung der Flughöhen habe spürbare Wirkung erzielt. (jan.)